

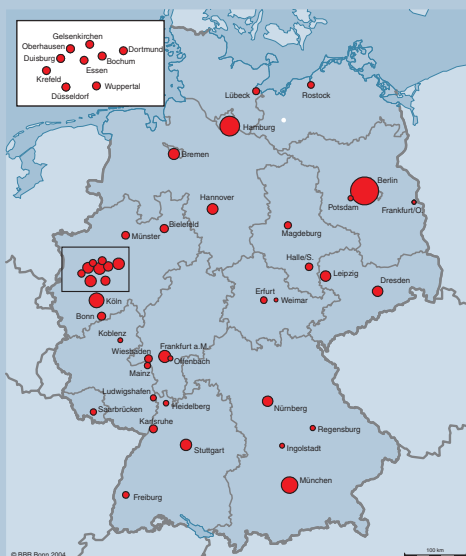


Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR

Werkstatt innerstädtische Raumbewertung „IRB“

Die innerstädtische Raumbewertung (IRB)/vergleichende Stadtbeobachtung ist Teil des Raumbewertungssystems des BBR. Sie verfeinert die räumliche Perspektive der „Laufenden Raumbewertung“ (Gemeinde/Kreis) durch den kleinräumigen Blick auf Stadtteile in (Groß-)Städten. Damit können Tendenzen der Stadtentwicklung in innerstädtischer Differenzierung beobachtet und vergleichend analysiert werden. Die IRB ist ein bereits vor 20 Jahren begonnenes Kooperationsprojekt von BBR und Kommunalstatistik, wobei mit den kommunalstatistischen Ämtern der Städte vergleichbare Merkmalskomplexe (Merkmals- bzw. Tabellenprogramm), innerstädtisch vergleichbare Raumabgrenzungen und abgestimmte Stadtteiltyper erarbeitet wurden.



Das Projekt wurde 2001 neu justiert. Um bundesweit repräsentative Aussagen treffen zu können, wurde ein Auswahlkonzept entwickelt und die Beteiligung von 42 Städten erreicht. Sie haben sich bereit erklärt, das Merkmalsprogramm zu erfüllen. Damit stehen für 2500 innerstädtische räumliche Einheiten Jahr für Jahr Daten zur Bevölkerungsstruktur, zur Bevölkerungsbewegung, zum Wohnungsbestand und zur Bautätigkeit, zum Arbeitsmarkt, zu Sozialleistungen und zur Flächennutzung zur Verfügung.

Einige Beispiele sollen die vielfältigen Analyseoptionen, die mit dieser kleinräumigen Datenbasis verbunden sind, aufzeigen. Abbildung 1 zeigt die Betroffenheit der Städte durch den Anteil benachteiligter Viertel. Dazu wurde zunächst „Benachteiligung“ definiert als herausragende Werte (im höchsten Quintil liegend) bei Arbeitslosigkeit oder Dauerarbeitslosigkeit oder Sozialhilfebezug. Nach dieser Definition ergibt sich eine differenzierte Rangfolge von Benachteiligung, die den gesamtstädtischen Vergleichen eine neue Perspektive hinzufügt. Sie unterstreicht, dass auch im Westen ein hoher Anteil benachteiligter Stadtteile vorliegt, womit allerdings nicht die besondere Betroffenheit im Osten in Frage gestellt wird.

Benachteiligung hat Folgen, die mit der IRB langfristig verfolgt werden können. Hier kann nur ein Blick auf das Jahr 2002 geworfen werden. Er zeigt, dass in benachteiligten Quartieren eine besonders ausgeprägte Fluktuation (hohe Zu- und Fortzüge) vorliegt (siehe Tabelle), was bereits ein Problem solcher Gebiete ausmacht: Unter den Bedingungen stetigen Wandels ist die Bildung stabiler sozialer Beziehungen erschwert. Trotz



**Allen Leserinnen
und Lesern
Frohe Weihnachten
und
ein gutes neues Jahr!**

Inhalt:

Abbildung 1
Stadtteile mit hoher sozialer Benachteiligung 2002

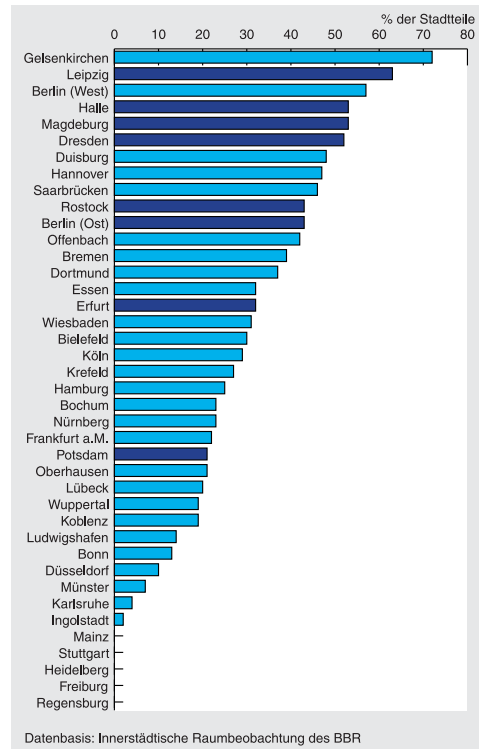
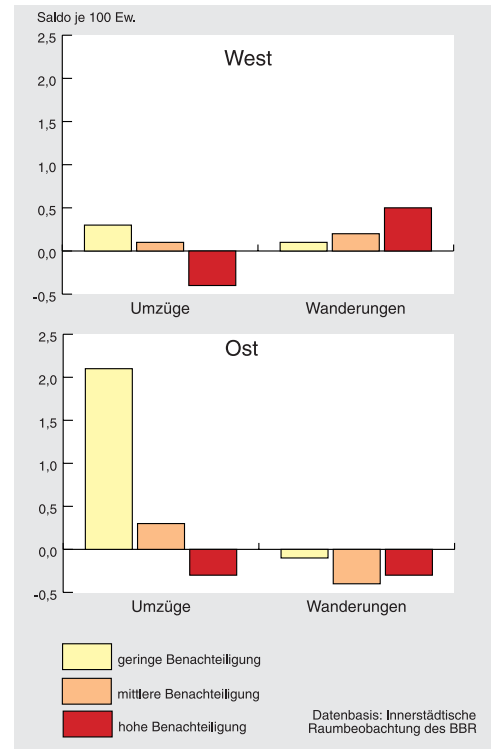


Abbildung 2
Umzüge in der Stadt und Wanderungen über die Stadtgrenzen 2002, nach Beteiligung



Umzüge in der Stadt und Wanderungen über die Stadtgrenzen, nach Benachteiligung

Gebiet/ Benachteiligung	Innerstädtische Umzüge je 100 Einwohner 2002		Wanderung über die Stadtgrenzen je 100 Einwohner 2002	
	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge
West				
gering	6,8	6,5	4,8	4,7
mittel	8,0	7,9	4,8	4,6
hoch	10,2	10,6	4,8	4,4
Ost				
gering	7,7	5,7	2,6	2,7
mittel	11,2	10,9	3,0	3,4
hoch	12,0	12,1	3,9	4,2

Ansprechpartner:

Dr. Ferdinand Böltken
 Katrin Meyer
 Referat I 6 „Raum- und Stadtbeobachtung“
 Tel.: 018 88 – 401 22 59
 Tel.: 018 88 – 401 23 14
 Fax: 018 88 – 401 23 55
 E-Mail:
 ferdinand.boeltken@bbr.bund.de
 katrin.meyer@bbr.bund.de

der relativ ausgeglichenen Zu- und Fortzüge ergibt ihr Saldo (Abb. 2) eine eindeutige Tendenz, die mit der im IRB-Merkmalprogramm vorhandenen Unterscheidung nach intra- und interkommunalen Bewegungen aufgezeigt werden kann: Benachteiligte Gebiete sind Zielgebiete von Zuwanderungen von außerhalb, sie sind zugleich Quellgebiete von Umzügen innerhalb der Städte.

Man (vor allem Ausländer) wandert von außen in benachteiligte Gebiete ein, die sich dann (u. a. im Westen) auch durch einen hohen Ausländeranteil auszeichnen, und man (vor allem Deutsche, aber auch Ausländer) zieht aus ihnen aus. Damit kommt benachteiligten Gebieten offenbar die Funktion einer „Anlaufstation“ zu, in der man zunächst die ersten Schritte in der Stadtgesellschaft ausführt, um sich dann in der Stadt zu verteilen.

Inwieweit dies langfristig zu einer Steigerung von Segregation und zur Konzentration von Benachteiligung führt, wird einer der Aspekte sein, die mit der IRB/vergleichen Stadtbeobachtung weiterhin verfolgt werden sollen. Dabei ist geplant, die Kommunen selbst in die Erläuterung und Differenzierung der generell erkennbaren Trends einzubinden.

Um solche Trends auf verlässliche Weise abzubilden, sind vor allem lange Zeitreihen notwendig. Die IRB ist deshalb als Dauerprojekt des BBR angelegt.

Konferenz „Transeuropäische Kooperation“ am 3./4. November 2004 in Berlin

Die im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung organisierte Konferenz „Transeuropäische Kooperation – Ein neuer Standortfaktor für deutsche Städte und Regionen“ stieß deutschlandweit auf reges Interesse. Über 200 Teilnehmer von Gebietskörperschaften, Parteien, Unternehmen, Fachinstitutionen, Verbänden und Hochschulen berieten, wie das Europaengagement deutscher Kommunen und Regionen gestärkt werden kann. Hauptanliegen war dabei, die transnationale partnerschaftliche Zusammenarbeit als Faktor für die regionale Wirtschaftsentwicklung besser zu nutzen.

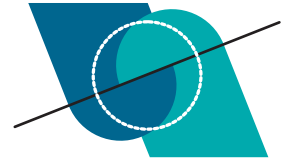
In einer Podiumsdiskussion mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung wurden die Chancen territorialer Zusammenarbeit erörtert. Akteure aus deutschen Städten und Regionen berichteten über den Nutzen der transeuropäischen Kooperation im Rahmen von Projekten der EU Gemeinschaftsinitiative Interreg III B und gaben Erfahrungen weiter. Diese wurden anschließend in drei Arbeitskreisen zu den Themen „Stärkung der städtischen und regionalen Wirtschaftsstruktur“, „Verkehr und Regionalentwicklung“ sowie „Tourismus und Kultur“ weiter vertieft.

Bundesminister Dr. Manfred Stolpe stellte heraus, „dass die Beteiligung von deutschen Städten und Regionen an Gemeinschaftsprojekten auf europäischer Ebene wesentlich zur Aufwertung ihrer Standortqualität beiträgt.“ Unmittelbare Effekte für die beteiligten Städte und Regionen bestehen in Informationsvermittlung und Kompetenzerwerb, qualifizierterer Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben sowie Stärkung des regionalen Marketings. Bürgermeister wiesen darauf hin, dass sich die jeweiligen Standorte für potentielle Investoren als weltoffen und innovativ profilieren. In einem Europa, in dem die Staatsgrenzen für den Austausch von Wirtschaftsgütern und Dienstleistungen durchlässiger werden, hänge die Entwicklungschance einer Region immer stärker davon ab, Partner zu gewinnen und Nutzen aus Netzwerken und Ressourcen zu ziehen.

Die Konferenz arbeitete weiterhin heraus, dass viele Projekte die Integration Europas entlang strategischer Entwicklungsachsen

und -zonen fördern und zur Vorbereitung investiver Maßnahmen beitragen. Durch Pilotvorhaben bzw. Schaffung und Verbreitung guter Beispiellösungen werde zudem ein europäischer Mehrwert erzielt (Charakter „europäischer Modellprojekte der Raumentwicklung“). Wichtige Themen sind dabei multimodale Verkehrslösungen, die transnationale Vermarktung bedeutender Teile des kulturellen Erbes durch thematische Tourismusrouten, die Stärkung wettbewerbsfähiger Metropolenregionen, die Schaffung von Entwicklungsalternativen für den ländlichen Raum, Wissens- und Technologietransfer durch transnational vernetzte Kompetenzzentren, integrierte Küstenzonenentwicklung und transnationales Flussraum- und Ressourcenmanagement. Zunehmend besser gelänge es, EU-Fördermittel als „Anschubfinanzierung“ zur Schaffung dauerhafter Strukturen zu nutzen.

Weitere Herausforderungen wurden darin gesehen, Investitionsmöglichkeiten im Rahmen der Projekte zu verbessern, Projektlösungen noch besser wirtschaftlich und rechtlich (auch in gesetzliche Regelungen) umzusetzen und zu verbreiten, die Projektpartnerschaften (Netzwerke) strategischer auszurichten, die private Wirtschaft stärker einzubeziehen und Public-Private-Partnerships zu bilden sowie das Programm- und Projektmanagement effizienter zu gestalten.



Ansprechpartner:





Öffentliche Infrastruktur und kommunale Finanzen

Öffentliche Infrastruktureinrichtungen sind die zentralen Bausteine und Steuerungsinstrumente beim „Aufbau Ost“. Der Rückgang der kommunalen Investitionsaktivität in Ostdeutschland muss deshalb als problematisch angesehen werden. In Ostdeutschland sind in vielen Bereichen noch signifikante Infrastrukturlücken vorhanden, deren Beseitigung auch für die weitere wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung ist. Da auf gesamtstaatlicher Ebene mehr als zwei Drittel und auf der Länderebene ca. 80 % der Sachinvestitionsausgaben von den Kommunen getätigt werden, gebührt den Gemeindefinanzen und deren Einflussfaktoren eine besondere Aufmerksamkeit.

Vor diesem Hintergrund hat das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung im Jahre 2003 eine eingehende Analyse des kommunalen Sektors in Auftrag gegeben, wobei das zentrale Augenmerk den neuen Bundesländern gilt (Auftragnehmer: Prof. Dr. Helmut Seitz, TU Dresden; Prof. Dr. Marcel Thum, ifo Institut für Wirtschaftsforschung – Niederlassung Dresden).

Die Analyse beginnt mit einer Bestandsaufnahme der Entwicklung der Gemeindefinanzen in den ost- und westdeutschen Flächenländern insgesamt. Aus der Untersuchung ergeben sich erhebliche Verdachtsmomente dahingehend, dass die ostdeutschen Länder ihre Anteile an den zur Verfügung stehenden Ressourcen zu Lasten der Kommunen ausgeweitet haben. Ferner werden Evidenzen dafür vorgelegt, dass die neuen Länder die ostspezifischen Aufbautransfers in zunehmend geringerem Umfang in die investive Verwendung lenken. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass die neuen Länder gegenwärtig keinesfalls finanzschwach sind, da die Osttransfers den neuen Ländern ein wesentlich höheres Einnahmenvolumen – je Einwohner gerechnet – sichern, als selbst den finanzstarken Westflächenländern zur Verfügung steht.

Basierend auf einer neuen Regionalklassifikation werden die Zusammenhänge zwischen kommunalfinanzstatistischen Kennziffern und der Strukturstärke bzw. der -schwäche der Regionen untersucht. Im Vordergrund steht hierbei die Frage der interregionalen Disparitäten bei der Infrastrukturinvestitionsaktivität und der Investitionszuweisungen in den neuen Ländern.

Die Analyse legt u.a. erhebliche Personalüberhänge von insbesondere Kleinstgemeinden in den neuen Ländern offen. Da diese Gemeinden vorwiegend in ländlich-peripheren und strukturschwachen Regionen liegen, die vom Bevölkerungsrückgang auch besonders betroffen sind, ergibt sich hieraus die Notwendigkeit weiterer Gebietsreformen.

In den neuen Ländern korreliert so ein weiterer wichtiger Befund – im Gegensatz zu Westdeutschland – die kommunale Investitionsaktivität kaum systematisch mit der Strukturstärke bzw. Strukturschwäche der Region. Hauptursache für diese Entwicklung ist der Umstand, dass in Westdeutschland die lokale Wirtschaftsentwicklung einen recht deutlichen Einfluss auf die Kommunaleinnahmen hat. Dem gegenüber führen in Ostdeutschland die hohen Transferleistungen und die deutlich geringere wirtschaftliche Aktivität dazu, dass die Einnahmendifferenziale zwischen den Gemeinden recht gering sind. Darüber hinaus wirken auch die investiven Zuweisungen an die ostdeutschen Kommunen erheblich ausgleichend.

Sowohl vor dem Hintergrund der Diskussion um die Bildung regionaler Wachstumszentren als auch der regionalen Differenzierung der demographischen Entwicklung wäre daher eine verstärkte Konzentration der Infrastrukturinvestitionsaktivität – einschließlich der Vergabe von Investitionszuweisungen – auf solche Regionen erforderlich, die bereits erkennbar einen „Wachstumskerncharakter“ haben und auch von dem starken Bevölkerungsrückgang weniger betroffen sind, so die Gutachter. Letztendlich sollte der Bund in den neuen Ländern darauf hinwirken, dass diese gemeinsam mit den Kommunen eine konkrete Spezifikation der noch vorhandenen Infrastrukturanpassungsbedarfe und hierauf aufbauend eine klare Prioritätenfolge erarbeiten. Hierbei müssen die demographischen Veränderungen beachtet werden ebenso wie überhaupt jene Regionen, in denen sich die Bildung von Wachstumskernen ansatzmäßig erkennen lässt.

Das Gutachten „Öffentliche Infrastruktur und kommunale Finanzen“ wird Ende 2004 in das Internetangebot des BBR unter der <http://www.bbr.bund.de/moro/index.html> eingestellt.

Ansprechpartner:

Zwischenevaluierung des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt

– Ein Impuls für die zukünftige Programmgestaltung

Mit dem von Bund und Ländern im Jahr 1999 aufgelegten Programm Soziale Stadt ist die sozialpolitische Bedeutung der Städtebauförderung deutlich gestärkt worden. Der neue Programmansatz zielt auf eine aktive und integrativ wirkende Stadtentwicklungspolitik, um der sozialräumlichen Spaltung in den Städten und der damit verbundenen Abwärtsentwicklung benachteiligter Stadtquartiere umfassend zu begegnen.

Das Programm Soziale Stadt hat in den ersten vier Jahren seiner Laufzeit hohe Aufmerksamkeit und Akzeptanz auf allen staatlichen Ebenen, in der Fachöffentlichkeit und in der Politik gefunden. In mehr als 360 Programmgebieten in 252 Städten und Gemeinden konnte ein neuer Ansatz einer integrierten Stadtentwicklungspolitik angestoßen werden. Das zeigt, dass das Programm notwendig und in seiner grundsätzlichen Orientierung richtig ist. Die Kommunen haben dieses Angebot zum großen Teil in innovativer und produktiver Weise aufgegriffen. Überall dort, wo das Programm eingesetzt wird, ist erkennbar etwas in Bewegung gekommen. Dies zeigen die Ergebnisse der bundesweiten Zwischenevaluierung, die im September 2004 vorgelegt worden sind.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, hat das IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik in den Jahren 2003 und 2004 die Zwischenevaluierung des Programms Soziale Stadt vorgenommen. Sie zielt darauf, verfolgte Strategien und erreichte Fortschritte der Programmumsetzung in Bund, Ländern und Gemeinden zu bewerten und Schlussfolgerungen für die zukünftige Programmgestaltung zu ziehen. Während auf der einen Seite Veränderungen auf der Gebietsebene untersucht werden, stehen auf der anderen Seite die Implementation des Programms und der angestrebte Politikwandel auf der politisch-administrativen Ebene im Mittelpunkt. Die Zwischenevaluierung ist damit bewusst und in hohem Maße als Prozess- und Implementierungsanalyse angelegt. Hierdurch bietet sich die besondere Chance, die aktuellen Erkenntnisse in die weitere Ausgestaltung und Umsetzung des Programms Soziale

Stadt einzubringen und neue Impulse für die Weiterentwicklung einer sozial orientierten Stadt(teil)entwicklung zu setzen.

Die Zwischenevaluierung wurde von einer Experten-/Steuerungsgruppe fachlich begleitet, die das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen berufen hatte. Sie umfasste Vertreterinnen und Vertreter der für das Programm zuständigen Bundes- und Länderressorts, des deutschen Städtetags, der Programmbegleitung sowie Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und kommunaler Praxis. Aufgaben des Gremiums bestanden in der konzeptionellen Vorbereitung der Zwischenevaluierung, in der Diskussion und Bewertung der Zwischenergebnisse sowie der begleitenden Beratung. Im Sinne eines kontinuierlichen Ergebnistransfers wurden die Ergebnisse der Zwischenevaluierung darüber hinaus von Beginn an mit der Fachöffentlichkeit in so genannten „Fachpolitischen Dialogen“ rückgekoppelt und diskutiert.

Wie geht es weiter?

Nach erfolgreicher Implementierung und erster Zwischenevaluierung des Programms Soziale Stadt gilt es nun, mit neuen Aktivitäten den integrativen Programmansatz zu optimieren, um die quartiersbezogene Koordinierung aller stadtentwicklungspolitisch relevanten Politikfelder und Förderungsprogramme zu verbessern. Den komplexen Problemlagen in benachteiligten Stadtteilen ist nur mit vielfältigen, investiven und nicht-investiven, baulichen und sozialen Maßnahmen erfolgreich zu begegnen. Dabei sollen wesentliche Handlungsfelder deutlicher ins Blickfeld der zukünftigen Programmgestaltung gerückt werden. Angesichts der großen Herausforderungen in den Städten ist die soziale Stadtentwicklung auch weiterhin eine Aufgabe, die gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen angegangen und gezielt fortgesetzt werden muss. Das BBR wird den weiteren Prozess und die zukünftige Programmgestaltung aktiv unterstützen. Hierzu sollen der im Rahmen der Experten- gruppe begonnene Erfahrungsaustausch gezielt fortgesetzt und aktuelle Themen der Sozialen Stadt in der laufenden Arbeit des BBR aufgegriffen werden.



Ansprechpartner:



Freiraum

Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12.2004

Freiraumgestaltung bildet ein Kernthema in der öffentlichen Debatte um Baukultur. Schließlich prägen Plätze, Parkanlagen und Gärten nicht nur das Erscheinungsbild der Städte als Landmarken. Durch den Stadtumbauprozess in Deutschland, der mit dem Rückbau und Abriss von Gebäuden und bisweilen ganzen Stadtteilen neue Räume von hoher urbaner Qualität ermöglicht, erhält das Thema Freiraum eine außergewöhnliche Brisanz. Das war Anlass zu diesem IzR-Heft, in dessen Fokus das Zusammenwirken von Freiflächen- und Stadtentwicklung steht.

Die Beiträge des Heftes geben Einblick in konzeptionelle und planerische Prozesse, die jedem geplanten Freiraum vorangehen. Daneben werden Überlegungen und Anregungen zum Erhalt und zur Erneuerung vorhandener Ressourcen vorgestellt.

Sprebrücke Badeschiff



Quelle: Foto Tim Krüger

Ansprechpartner:

Nach einem Diskurs über die Wahrnehmung von „unbebautem Raum“ kreist die Mehrzahl der Beiträge um den Umgang mit Industrie-, Gewerbe- und auch Wohnungsbaubringen. Das Werten und Nutzen dieser aus bisherigen Bestimmungen entlassenen Areale, die oft nur mit temporär angelegten Programmen bewältigt werden können, scheint die wohl wichtigste Fragestellung im gegenwärtigen Planungsgeschehen zu sein.

In einzelnen Beiträgen zeigen Fachleute für Freiraumplanung und Stadtentwicklung bereits erste Handlungsformen auf. Die unterschiedlichen Konzepte, Strategien und Planungsinstrumente verfolgen dabei das Ziel, sowohl Stadtgestalt, Freiraumnutzung und Nachhaltigkeit als auch gleichermaßen

die engen finanziellen Rahmenbedingungen vieler Städte und Kommunen beim Unterhalt zusätzlicher Flächen zu berücksichtigen. Damit erkennen die Verantwortlichen die Schlüsselstellung der Freiraumplanung im Städtebau an. Diese politische Fürsorge um den aktiv bespielten oder passiv wirkenden Naherholungsraum lässt die Renaissance eines nachhaltigen Ökologieanspruchs erwarten.

Ein zusätzlicher Aspekt ist die ökonomische Wertschätzung von Freiräumen. Slogans in der Werbung wie „Wohnen am Park“ oder „Unverbaubarer Blick auf den Platz“ machen deutlich, dass qualitätsvolle Außenräume sich gewinnbringend auf den Wert von Immobilien auswirken können.

Urbane Landschaften



Quelle: Fotomontage bgmr

Das Themenheft „Freiraum“ zeigt einen Ausschnitt der zukunftsfähigen Möglichkeiten und Instrumente, mit denen qualitätsvolle Freiräume eröffnet werden können, die nachhaltig und dennoch flexibel auf die Entwicklungen unserer Umwelt reagieren.

Temporäre Grünflächen



Quelle: Fotomontage bgmr



Werkstatt-Stadt: Innovative Projekte aus der bundesweiten Städtebaupraxis

Seit 2000 präsentiert das BBR auf der Webseite www.werkstatt-stadt.de innovative Projekte im Städtebau. Zunächst war diese Domäne exklusiv mit ausgewählten Modellvorhaben aus dem Forschungsprogramm „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ gestartet. Heute sind rund 100 gute Beispiele aus dem städtebaulichen Alltag im gesamten Bundesgebiet dargestellt.

Dazwischen lagen knapp drei Jahre intensiver Recherche, Dokumentation, Auswertung und publizistischer Aufbereitung städtebaulicher Praxisbeispiele. Der Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtplanung an der RWTH Aachen hat im Auftrag des BBR insgesamt etwa 450 Kandidaten für die Projektsammlung zusammengetragen. Aus diesem Fundus sind im Diskurs zwischen dem beauftragten Lehrstuhl und der BBR-Projektgruppe „Werkstatt-Stadt“ beispielgebende Beiträge einer nachhaltigen Stadtentwicklung ausgewählt worden.

Werkstatt-Stadt versteht sich als Internetplattform für Wissen aus der städtebaulichen Praxis für die Praxis. – Die Idee: durch Informations- und Erfahrungstransfer vom innovativen Ausnahmefall zum zukunftsfähigen Regelfall in der Stadtentwicklung. Für eine Publikation auf Werkstatt-Stadt müssen sich die Projekte an ihrer Städtebaurelevanz, Praxistauglichkeit, Vorbildeignung, am Innovationsgehalt und Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung messen lassen.

Mittlerweile präsentiert sich auf dieser Webseite ein großes Projektspektrum: Es sind impulsgebende Praxisbeispiele aus allen Bundesländern vertreten. Sie decken zentrale Handlungsfelder einer nachhaltigen Stadtentwicklung ab: Bodenmanagement, Umweltschutz, Mobilitätssteuerung, Wohnungsversorgung, standortsichernde Wirtschaftsförderung und integrierte Stadtentwicklung.

Zugleich sind Beiträge aus relevanten Gebietstypen publiziert. Diese reichen vom Stadt- bzw. Stadtteilzentrum, innerstädtischen Wohnquartier und Mischgebiet über das Einfamilienhausgebiet, die Großwohnsiedlung, das Gewerbegebiet bis hin zum Dorf. Schließlich wird eine große Bandbreite

an Maßnahmebereichen präsentiert: Stadtumbau, Bestandserneuerung, Nachverdichtung, Stadterweiterung, Freiraumentwicklung, Nutzungsmischung, umweltverträgliches Bauen, soziale und technische Infrastruktur, Beschäftigung und Berufsqualifizierung, Kooperation und Beteiligung.



[\[Handlungsfelder\]](#)

[\[Gebietstypen\]](#)

[\[Maßnahmetypen\]](#)

[\[Städte A-Z\]](#)

Das komplexe Informationsangebot lässt sich durch einfache Such- und Navigationsfunktionen erschließen. Die Darstellung der einzelnen Projekte ist in Umfang und Struktur auf einen großen Interessiertenkreis abgestimmt. Eine übersichtliche Vorstellung des Projektkerns bietet Laien und Fachleuten einen gezielten Zugang. Im Vordergrund stehen der sachliche, räumliche und zeitliche Kontext, wesentliche Projektelemente, Ziele und Maßnahmen sowie Innovationen bzw. Problemlösungspotenziale. Zur Vertiefung von Einzelaspekten und für den Erfahrungstransfer stehen bei jedem Projekt weitere Informationsangebote zur Verfügung: Weiterführendes (Materialien, Literatur, Links), Akteure und Quellen.

Nach drei Jahren Recherche auf dem bundesweiten Suchfeld des Städtebaus werden wir uns künftig wieder auf die Aufbereitung guter Beispiele aus dem experimentellen Wohnungs- und Städtebau sowie aus anderen Forschungsprogrammen und Arbeitszusammenhängen des BBR konzentrieren. – Werkstatt-Stadt ist eine dynamische Informationsplattform; sie wird in Bewegung bleiben und sich weiter entwickeln.

Ansprechpartner:



Das Hochhaus und die europäische Stadt – Ein Diskussionsrückblick

Die europäische Stadt hat noch keine eindeutige Antwort auf das Hochhaus gefunden. Zahlreiche auf kommunaler Ebene geführte Diskussionen gaben zwar Lösungsansätze für bestimmte städtebauliche Probleme, eine übergreifende Diskussion zur Bewertung des Hochhauses im europäischen Stadtbild steht jedoch noch aus. Für das BBR war dies Anlass, dem Thema ein öffentliches Diskussionsforum im Rahmen der „Bau und Raum Gespräche“ zu schaffen, ohne in kommunale Debatten einzugreifen. Diese in lockerer Folge jährlich stattfindende Veranstaltungsreihe besteht seit 1999 mit dem Ziel, sich bundesweit aktuellen Brennpunkten aus den Bereichen Raumordnung und Städtebau anzunehmen. Eines der letzten Themen war „Suburbia. Städtebauliche Perspektiven jenseits von Zersiedelung“ (siehe BBR-Info 2/April 2003).

Für vier Podiumsdiskussionen und vier Vorträge, die am 4. November 2004 im Berliner Kronprinzenpalais abgehalten wurden, konnten prominente Referenten aus den verschiedensten Bereichen gewonnen werden. Hierzu zählten Hans Stimmann, Christane Thalgott, Thomas Sieverts, Hans Kollhoff, Christoph Ingenhoven, Werner Sobek und andere.

Deutlich wurde während der Diskussionen die starke Symbolkraft, die von Hochhäusern und von Hochhauscities als Weltmarktplätzen ausgeht. Aktuelle Beispiele sind die wirtschaftlich expandierenden Städte Asiens, für deren Selbstfindungsprozess im Konzert der Weltstädte Hochhäuser von großer symbolischer Wichtigkeit sind. Aber auch als Alleinstellungsmerkmal von Konzernen hat das Hochhaus global an Bedeutung gewonnen. Amerikanische und asiatische Städte können aufgrund ihrer jungen Entwicklungsgeschichte bzw. ihrer sprunghaften Entwicklung einen ungezwungeneren städtebaulichen Umgang mit dem Hochhaus wagen. Für die über Jahrhunderte gewachsene europäische Stadt ist dies bedeutend differenzierter zu betrachten.

Es zeigte sich, dass das Hochhaus in Europa und vielleicht besonders in Deutschland von der Bevölkerung eher intuitiv wahrgenommen wird. Die Stadtbürger möchten ihre Stadt wiedererkennen; das Gefühl von Heimat bewahren. Der Kommunalpolitik wurde von den Referenten hierbei eine be-

sondere Planungsverantwortung zugewiesen. Das Hochhaus soll nicht nur als Zeichen eines einzelnen Konzerns in das Stadtbild gesetzt werden und somit z. B. für Kapitalismus- und Globalisierungskritik als Symbol angreifbar werden. Es ist vielmehr seine in ihm ruhende Integrationskraft zu nutzen und zu vermitteln. Gelingt dies, können Türme einzelner Konzerne eine positive Ausstrahlung bekommen. Als Beispiele wurden der Frankfurter Messeturm und der Bonner Post-Tower genannt.

Zwei Gesichtspunkten, darin war man sich einig, kommen im Planungsprozess eine besondere Bedeutung zu. Erstens, wie integriert sich das Hochhaus in die gesamte Stadtentwicklung. Zweitens, welche Architektursprache verkörpert es. Der architektonische Umgang mit dem starken autonomen Charakter der Hochhauses im Bild der Stadt erfuhr allerdings eine Beurteilung unter verschiedenen Prämissen. Für die einen galt es, das Hochhaus in das gewachsene Gefüge der Stadt sorgsam einzugliedern – es somit zu einem besonders gestalteten Teil des Gesamtbildes zu machen. Andere leiteten gerade aus der starken Autonomie des Hochhauses als besonderer Bautyp ab, es noch mehr in seinem herausgehobenen architektonisch innovativen Anspruch zu betonen. Besondere planerische Anforderungen stellen Hochhauscluster dar, von denen es in Deutschland jedoch nur eines in Frankfurt am Main gibt. Auch hier zeigte es sich als umstritten, ob das einzelne Hochhaus sich zwischen die bestehenden einzufigen hat oder ob gerade das „Rudel“ aus Gebäuden mit markanten architektonischen Einzelauftritten die Skyline einer Stadt prägen soll.

Überhaupt wurde die Frage gestellt, ob die traditionelle europäische Stadtsilhouette ein besonderes Merkmal im globalen Wettstreit sein könnte und somit als solche zu konservieren ist. Demgegenüber stand der Verweis auf historische Stadtentwicklungsprozesse besonders im 19. Jahrhundert, die oft mit einem Maßstabssprung der Stadt verbunden waren. Diese Prozesse zeigten sich auch in der Vergangenheit als mit Widerstand der Stadtbevölkerung verbunden. Die neue Dimension setzte allerdings durch und erfuhr später als Teil der Stadt hohe Akzeptanz. Auch die heutigen z. T. emotionalen Reaktionen auf das Hochhaus wurden

vereinzelt als kultureller Reflex der Zukunftsangst gewertet, ohne dass es als Signifikanz des Neuen wahrgenommen wird.

Die funktionellen Vorteile des Hochhauses wurden auch in den Optimierungsmöglichkeiten von öffentlichen Verkehrsmitteln gesehen. Individualverkehr ist in verdichteten Hochhausräumen kaum noch möglich. Dies wurde durchaus als urbane Qualität gewürdigt, da es zu einer Publikumsbelebung des Straßenraumes führt. Für die immer noch wichtige direkte Kommunikation galten besonders die kurzen Wege innerhalb des Hochhauses oder der Hochhauscity als positiv. Hochhäuser entwickeln sich möglicherweise auch als notwendige Folge eines stetig komplexer werdenden Geflechts urbaner Interaktionen. Ob jedoch hohe Häuser per se durch Stapelung funktionelle und somit auch städtebauliche Verdichtung erzeugen können, wurde vor allem von einer weitsichtigen kommunalen Leitplanung abhängig gemacht.

Aus wirtschaftlicher Sicht betrachtet folgten zumindest eine große Zahl von Hochhausbauprojekten sowohl in der jüngsten als auch in früheren Zeiten weniger rationalen Überlegungen als vielmehr einer erwünschten Symbolwirkung. Oder sie gingen auf die besonderen Entscheidungen einzelner Personen zurück. Trotzdem kann nicht behauptet werden, dass das Hochhaus a priori eine teure Bauform darstellt. Man bedauerte, dass vor allem in Europa das Hochhaus meistens monofunktional als Bürohochhaus genutzt wird. Dabei könnten Nutzungsmischungen innerhalb von Hochhäusern auch enorme städtebauliche Vorteile mit sich bringen. Ein erster Schritt wäre es, die Sockelgeschosse für eine öffentliche Nutzung zu erschließen.

Dass Hochhäuser als Architektur der Zukunft auch für die europäische Stadt von erheblicher Bedeutung sind, blieb unumstritten. Es gilt gerade jetzt, in einer Zeit schwächerer wirtschaftlicher Entwicklung sich über die Rolle des Hochhauses längerfristige gültige Gedanken zu machen. *SupraUrbia* – ein während der Veranstaltung eingeführter Ausdruck für Verdichtung und Höhenentwicklung der modernen Stadt – ist keine geringere Herausforderung an den Städtebau als *Suburbia* – die Ausbreitung der Stadt in die Fläche.

Tagungsimpressionen



Ansprechpartner:



Modellvorhaben „Kostengünstiger qualitätsbewusster Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern in prosperierenden Regionen“

– Auftakt am 10. November 2004 in Leipzig erfolgreich

Die Herausforderungen an die zukünftige Gestaltung von wohnungs- und städtebaulichen Strukturen sind vielfältig und komplex. Die Entwicklung der Nachfrage nach Wohnraum und die Kosten für die Eigentumsbildung werden durch verschiedene Faktoren geprägt, die derzeit von erheblichem Wandel betroffen sind. Maßgebliche Faktoren sind die regionale Entwicklung der Bevölkerung und die weiter zunehmende Alterung der Gesellschaft, die sich in der Anzahl, Struktur und Größe der Haushalte niederschlägt, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung mit ihren Implikationen für den Arbeitsmarkt und die Einkommenssituation sowie die siedlungsstrukturelle Entwicklung.

Die Thematik des kostengünstigen und qualitätsbewussten Neubaus von Ein- und Zweifamilienhäusern stellt sich in prosperierenden Regionen besonders deutlich. Vielfach sind diese Regionen bereits heute durch Engpässe auf dem Wohnungsmarkt und hohe Bodenpreise gekennzeichnet. Vor allem in den Kernstädten prosperierender Regionen ist die Befriedigung der Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern besonders schwierig. In der Folge wanderten zahlreiche Haushalte in das Umland der Städte ab. In den Modellvorhaben sollen konkrete Möglichkeiten des kostengünstigen und qualitätsbewussten Neubaus von Ein- und Zweifamilienhäusern beleuchtet werden, die für die Bewältigung

der spezifischen Herausforderung in prosperierenden Regionen und der zukünftigen Veränderung des Wohnungsmarktes von besonderer Relevanz sind.

Im Vordergrund stehen kleinteilige Lösungsvorhaben. Die Integration von Wohnobjekten in bestehende städtebauliche Strukturen benötigt eine besondere Berücksichtigung der Dimensionierung des Projektes, der Gestalt und der Nutzungskonzeption. Gleichsam von Interesse ist, welche spezifischen Kostenstrategien bei kleinteiligen Lösungen erfolgreich sind und welche Grenzen bei Kostensenkungsstrategien bestehen.

Im Rahmen der Modellvorhaben sollen auch innovative Bau- und Wohnformen des Ein- und Zweifamilienhausbaus untersucht werden, die zum einen auf die Kleinteiligkeit und zum anderen auf die spezifischen Wohnbedürfnisse der Bauherren und Nutzer reagieren.

Die an der Planung und am Bau beteiligten Akteure setzen im Hinblick auf Qualität häufig unterschiedliche Prioritäten und subjektive Erwartungen, die aufgrund ihrer tradierten Rolle begründet erscheinen. Zur Bewusstseinsbildung über die unterschiedlichen Vorstellungen sollen die Kommunikationsprozesse zwischen den Projektbeteiligten intensiv begleitet werden.

Im Rahmen der Modellvorhaben werden die Kostenebenen Grundstückskosten, Erschließungskosten, Baukosten und Betriebskosten einbezogen und weiter differenziert. Bei der Kostenbetrachtung ist der gesamte Lebenszyklus eines Hauses zu berücksichtigen. Auch innovative Wege zur Steigerung der Kostensicherheit und Qualitätssicherung sollen einbezogen werden.

Bremen – Organisierter Selbstbau vor dem Hintergrund neuer Rahmenbedingungen
Zur Stabilisierung der Einwohnerzahl hat Bremen das Programm „Bauen in Bremen“ ins Leben gerufen. In diesem Rahmen soll das bauträgerfreie Bauen gefördert werden. Bremen beteiligt sich mit dem Projekt „Huchting“ an dem Modellvorhaben. Dabei handelt es sich um ein Grundstück in städtischem Eigentum mit einem hohen Freizeitwert und einer guten Infrastrukturausstattung. Das Baugrundstück soll durch kleine



Tagungsimpressionen



überschaubare Häusergruppen bebaut werden. Ein einheitliches äußeres Erscheinungsbild wird das Baugebiet prägen. Für das Gebäudeinnere wird jedoch Flexibilität groß geschrieben. Der Hausbau soll im organisierten Selbstbau erfolgen. Dabei werden die Bauwilligen durch die Planungsgruppe „Organisierter Selbstbau“ bei Erwerb, Finanzierung, Planung und im gesamten Bauprozess beraten und begleitet.

Leipzig – Ein Projekt im Rahmen des Selbstnutzer-Programms

Zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der inneren Stadt gegenüber dem Umland hat Leipzig das Selbstnutzerprogramm initiiert. Das Programm ist keine investive Förderung, es umfasst die Elemente Marketing, Beratung und Moderation. Die Qualität des innerstädtischen Wohnens wird am Beispiel realisierter Projekte verbreitet. Unterstützt wird die Bildung von Baugruppen. Die Bauherren werden über Architekten – Käufer – Werkstätten gefunden. Die Baugruppen werden in der Anfangsphase intensiv von Moderatoren begleitet und beraten. Dabei handelt die Stadt Leipzig in einem Netzwerk von Architekten, Ingenieuren, Baufinanzierer und kleinen Bauträgern. Die Stadt Leipzig nimmt mit der Entwicklungsfläche Stallbaumstraße/ Möckernsche Straße an dem Modellvorhaben teil. Für das Baugebiet wurde ein Architekten- und Investorenwettbewerb durchgeführt. Für die jeweilige Objektplanung sind individuelle Lösungen möglich.

Osnabrück – Impuls zur Quartiersentwicklung

Die Stadt Osnabrück nimmt mit dem Projekt „Rosengärten Osnabrück“ an den Modellvorhaben teil. Das Gebiet leidet unter Imageproblemen durch schlechte Bausubstanz, fehlende Grünflächen und eine Konzentration von Migranten. Bei dem Projekt handelt es sich um die Bebauung eines großen Blockinnenbereichs. Für das Projekt wurde ein kombinierter Architekten-/Investorenwettbewerb durchgeführt. Das städtebauliche Konzept sieht eine Hofbebauung mit freistehenden Einfamilienhäusern und Doppelhäusern vor, die die Dimensionen und Proportionen der angrenzenden Strukturen übernimmt und weiter entwickelt. In diesem Zusammenhang sollen Kommunikationsstrukturen erprobt werden, um die Bedürfnisse der Zielgruppen zu ermitteln und gleichzeitig das anspruchsvolle Konzept an die Bauherren und die Nachbarschaft zu kommunizieren.

sml hauskonzept – Balance zwischen innovativen Wohnkonzepten und tradierten Wohnleitbildern

Das sml hauskonzept wurde als standardisiertes Konzept aus einem „Bauentwurfssatz“ entwickelt. Mit diesem modularen Ansatz soll eine hohe Anpassungsfähigkeit an städtebauliche Strukturen und eine flexible Bedienung von Kundenwünschen ermöglicht werden. Das modulare Konzept ist auf das Raster serieller Produkte abgestimmt. Auf diese Weise lassen sich Vorteile des seriellen Bauens, günstige Kostenstruktur, schneller Bauablauf und hohe Ausführungsqualität, erschließen. Für die Umsetzung eines jeden Projektes schließen sich drei Akteure zusammen: die Projektentwickler, ein Generalunternehmer und ein Vermarkter. Das Verhältnis zwischen den Partnern wird durch Verträge geregelt, jeder Partner arbeitet jedoch auf eigenes Risiko. Das sml hauskonzept soll im Rahmen des Modellvorhabens an den Standorten Erding, Fürth und Ingolstadt untersucht werden.

Würfelhäuser – Mit Typisierung zu geringeren Kosten und mehr Qualität

Die Würfelhäuser verstehen sich als Typenhaus. Es geht darum, die Qualität von freistehenden Einfamilienhäusern mit den wirtschaftlichen Vorteilen eines Reihenhauses zu verbinden. Die einzelnen Häuser werden auf der Baufläche versetzt angeordnet. Im Ergebnis entsteht eine verdichtete Bauweise mit zusammenhängenden Freiflächen. Durch das Instrument der Flächenbaulast entfallen die ansonsten bei freistehenden Einfamilienhäusern notwendigen Abstandsflächen. Die Kubatur der Häuser wird fix vorgegeben, auch das äußere Erscheinungsbild ist einheitlich gestaltet. Für die Grundrisse bestehen vielfältige Variationsmöglichkeiten. Zum Einsatz kommen vorgefertigte Elemente. In dem Modellvorhaben sollen Projekte in Baden-Baden, Freiburg und Heidelberg umgesetzt werden.

Worms – Das Lebenszyklushaus

Das Modellvorhaben wird auf einer ehemals militärisch genutzten Fläche in der Nähe zur Innenstadt Worms realisiert. Das Gebiet „Liebenauer Feld“ ist mit einer guten Infrastruktur ausgestattet. In dem Modellvorhaben wird ein Lebenszyklushaus mit verschiedenen Ausbaumöglichkeiten angeboten. Grundelement ist ein Winkelhaus in Reihe oder ein Atriumhaus. Konstruktiv angelegt ist ein Ausbau mit eigenem Zugang. Das Projekt wird durch eine „Public Private Partnership“ (PPP) getragen.

Ansprechpartner:

Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag

Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31 - 37, 53179 Bonn
Telefon: 0 18 88 - 4 01 - 0
Telefax: 0 18 88 - 4 01 - 22 66
web: www.bbr.bund.de

Selbstverlag des BBR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

G 7718 F

Verantwortlich

Wendelin Strubelt, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

Redaktionelle Bearbeitung

Gabriele Bockshecker

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Die Informationen aus der Forschung des BBR erscheinen in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr. Interessenten erhalten sie kostenlos.

Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

Zitierweise:

Informationen aus der Forschung des BBR 6/2004 – Dezember

ISSN 1434 – 9590



Umstrukturierung statt Zuwachs

Die 1. Fachtagung des MORO-Forschungsfeldes „Innovative Projekte zur Regionalentwicklung“ am 23. November 2004 in Göttingen stieß in Wissenschaft und Praxis auf großes Interesse. Rd. 150 Teilnehmer diskutierten unter dem Thema „Umstrukturierung statt Zuwachs“ in zwei Podiumsdiskussionen wichtige Handlungsfelder:

- Regionen im demographischen Wandel – Die Generationen als Triebkräfte regionaler Entwicklung
- Flächenneuanspruchnahme reduzieren – Nachhaltige Siedlungsentwicklung fördern

Prof. Dr. Clemens Geißler von der Deutschen Gesellschaft zur Förderung der Forschung im Alter betonte in seinem Input-Vortrag zur ersten Podiumsdiskussion die Herausforderung, die Alterung der Bevölkerung nicht nur unter Belastungsaspekten zu diskutieren, sondern die zunehmende Zahl älterer, beruflich und gesellschaftlich erfahrener Menschen als Potenzial zu begreifen, ein zukunftsfähiges Bild vom Alter(n) zu entwickeln und eine entsprechende regionale Strukturpolitik zu betreiben.

Die Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung zur Reduzierung des Siedlungsflächenverbrauchs stellte MDirig. Manfred Sinz aus dem BMVBW als Input zur zweiten Podiumsdiskussion vor. Seiner Ansicht nach muss es im Idealfall gelingen, langfristig die Neuanspruchnahme von Flächen weitgehend durch die erneute Nutzung vorhandener Flächen zu ersetzen. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat dazu mit Ländern und Kommunen einen Katalog konkreter rechtlicher und ökonomischer, d. h. finanz-, steuer- und förderrechtlicher Maßnahmen vorgeschlagen. Wenn dieser Policy-Mix greift, werden weitere Reduzierungen bei der Flächeninanspruchnahme die Folge sein.

In 14 Modellvorhaben der Raumordnung werden die Themen zurzeit bearbeitet und innovative, praxisorientierte Lösungsansätze entwickelt.

Weitere Informationen siehe unter www.bbr.bund.de/moro

Tagungsimpressionen

